

**Ordentliche Hauptversammlung 2011**

der

**Autobank Aktiengesellschaft**

am 22. Juni 2012

**Bericht des Vorstands gemäß §§ 174 Abs 4 iVm 153 Abs 4 AktG  
zum 7. Punkt der Tagesordnung  
der ordentlichen Hauptversammlung am 22. Juni 2012**

Im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung der Autobank Aktiengesellschaft am 22. Juni 2012 soll der Vorstand gemäß § 174 AktG ermächtigt werden, binnen fünf Jahren ab Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 900.000 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital bis zu EUR 900.000,-- verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, mit oder ohne Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, auszugeben und alle weiteren Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen, die Ausgabe und das Umtauschverfahren festzusetzen.

Zu der in diesem Beschlussvorschlag enthaltenen Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre erstattet der Vorstand gemäß §§ 174 Abs 4 iVm 153 Abs 4 AktG folgenden Bericht:

**Gesellschaftsinteresse**

Die Gesellschaft verfolgt ein aktives Management ihrer Kapitalstruktur, um die Kapitalkosten so niedrig wie möglich zu halten. Wandelschuldverschreibungen bieten für die Gesellschaft eine weitere Finanzierungsmöglichkeit, welche sich überdies in der Regel durch geringe Finanzierungskosten auszeichnet.

Investoren in Wandelschuldverschreibungen erhalten eine Verzinsung und haben in der Regel einen Kapitalrückzahlungsanspruch. Gleichzeitig wird ihnen das Recht eingeräumt, zu einem bereits bei der Ausgabe der Wandelschuldverschreibung festgelegten Preis künftig Aktien der Gesellschaft zu erwerben, wodurch ihnen eine Beteiligung an der Substanz und Ertragskraft des Unternehmens ermöglicht wird. Die



Investoren haben somit die Möglichkeit, an einer Wertsteigerung des Unternehmens - bei im Vergleich zu einer direkten Aktieninvestition - verhältnismäßig geringerem Ausfallrisiko teilzunehmen.

Im Gegenzug erhält die Gesellschaft durch die Emission von Wandelschuldverschreibungen einen Zugang zu attraktiven Finanzierungsbedingungen, die in der Regel unter dem Niveau von reinen Fremdkapitalinstrumenten liegen. Der Wandlungspreis der bei Wandlung zu emittierenden Aktien wird den am Kapitalmarkt üblichen Konditionen zufolge über den bei Ausgabe der Wandelschuldverschreibungen gegebenen Aktienkurs liegen, sodass die Gesellschaft im Vergleich zu einer sofortigen Kapitalerhöhung durch die Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen ein höheres Finanzierungsvolumen erzielen kann.

Wandelschuldverschreibungen werden vorwiegend von solchen institutionellen Investoren gezeichnet, die sich auf diese Veranlagungsform spezialisiert haben. Institutionelle Investoren stellen spezielle Anforderungen an Stückelung, Ausgestaltung und zeitliche Flexibilität bei der Emission der Wandelschuldverschreibungen und ist auch eine zielgruppenspezifische Kommunikation erforderlich. Diesen Anforderungen kann in der Regel nur mit einer Emission unter Bezugsrechtsausschluss Rechnung getragen werden. Die Einhaltung der mit einer Bezugsrechtsemission verbundenen mindestens zweiwöchigen Bezugsfrist würde dazu führen, dass diese Investoren aufgrund marktunüblicher Ausgestaltung oder Zuteilungsmechanismen oder sich kurzfristig ergebenden Marktrisiken nicht oder nur mit einem geringeren Emissionsvolumen angesprochen werden können. Durch die sofortige Platzierung können preiswirksame Risiken zu Lasten der Gesellschaft vermieden werden und erfahrungsgemäß attraktivere Finanzierungsbedingungen, d.h. in der Regel mehr finanzielle Mittel für die Gesellschaft bei einer niedrigeren Anzahl zu emittierender Aktien, generiert werden. Aus diesem Grund ist der Ausschluss des Bezugsrechts mittlerweile auch gängige Praxis bei der Begebung von Wandelschuldverschreibungen auf dem internationalen Kapitalmarkt.

Durch den Verzicht auf die zeit- und kostenaufwendige Abwicklung einer Bezugsrechtsemission kann der Finanzierungs- und Kapitalbedarf der Gesellschaft schließlich zeitnah und kostengünstig unter Nutzung sich kurzfristig bietender Marktchancen gedeckt und neue Investoren im In- und Ausland gewonnen werden.



Dadurch wird eine Stärkung der Eigenmittel der Gesellschaft und eine Senkung der Finanzierungskosten im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre erreicht.

### **Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Wandelschuldverschreibungen und Ausgabekurs der Aktien**

Bei Ausgabe der Wandelschuldverschreibungen wird der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Ausgabe- und Ausstattungsmerkmale sowie die Wertpapierbedingungen, insbesondere Zinssatz, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Verwässerungsschutzbestimmungen, Wandlungszeitraum und/oder –zeitpunkt, Wandlungsrechte und/oder –pflichten, Wandlungsverhältnis sowie Wandlungspreis und Umtausch und/oder Bezugsbedingungen festlegen.

Die Konditionen der Wandelschuldverschreibungen werden unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden ermittelt. Dasselbe gilt für den Ausgabebetrag und die Anzahl der bei Ausübung des Umtausch- und/oder Bezugsrechts auszugebenden Aktien (Umtauschverhältnis).

Ein wesentliches Kriterium für die Konditionengestaltung der Wandelschuldverschreibungen ist weiters der Kurs der Aktien der Gesellschaft. Sowohl Kursverlauf als auch Markteinschätzung können innerhalb einer zweiwöchigen Bezugsfrist erheblichen Änderungen unterliegen. Aufgrund dessen ist es im Interesse der Gesellschaft, möglichst weitgehend Kontrolle über den Zeitpunkt der Zuteilung einer Emission zu haben. Bei einer Emission mit Bezugsrechtsausschluss kann die Gesellschaft rasch und flexibel einen nach ihrer Einschätzung günstigen Zuteilungszeitpunkt wählen.

Zusammengefasst kann die Gesellschaft durch die Möglichkeit zum Bezugsrechtsausschluss die jeweils herrschenden Marktverhältnisse vor der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen berücksichtigen, darauf flexibel reagieren und auf diese Weise attraktive Ausgabebedingungen festsetzen. Sie kann institutionelle Investoren, die sich auf diese Veranlagungsform spezialisiert haben, gezielt ansprechen und diesen Investorenkreis für die Gesellschaft erschließen. Die Ermächtigung des Vorstands zum Bezugsrechtsausschluss ist daher aus strategischen, finanztechnischen und unternehmensorganisatorischen Gründen erforderlich, um die Wandlungs- bzw.

Finanzierungskonditionen der Gesellschaft im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre zu optimieren.

#### **Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit**

Ohne die Möglichkeit zum Bezugsrechtsausschluss ist zu befürchten, dass die hierin erläuterten Vorteile stark reduziert oder allenfalls gar nicht erreicht werden können. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ausschließen zu können, ist angemessen und notwendig, weil die angestrebte Finanzierung und erwartete Eigenkapitalzufuhr durch die zielgruppenspezifische Orientierung der Wandelschuldverschreibungsemission kostenintensivere Kapitalmaßnahmen ersetzt, günstigere Finanzierungskonditionen bietet und eine langfristige und flexible Finanz- und Geschäftsplanung zum Wohle der Gesellschaft und damit auch aller Aktionäre sichert. Es wäre der Gesellschaft andernfalls nicht möglich, vergleichbar rasch und flexibel auf günstige Marktkonditionen zu reagieren.

Zur Vermeidung der wertmäßigen Verwässerung der bestehenden Aktionäre wird ein Ausgabebetrag (Wandlungspreis) angestrebt, aus dem sich nur ein geringfügiger Wert eines hypothetischen Bezugsrechts auf die Wandelschuldverschreibungen ergibt. Der Vorstand der Gesellschaft erwartet zudem, dass der Vorteil der Gesellschaft aus einer Begebung von Wandelschuldverschreibungen unter Bezugsrechtsausschluss allen Aktionären zugute kommt und dass das mit diesem Vorteil verbundene Unternehmensinteresse einen allfälligen verhältnismäßigen Beteiligungsverlust der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre klar überwiegt.

Zusammenfassend kann daher bei Abwägung aller angeführten Umstände festgestellt werden, dass der Bezugsrechtsausschluss durch die dargelegten Vorteile, die allesamt zu einer Verfestigung und Verbesserung der Markt- und Wettbewerbsposition der Gesellschaft führen sollen, sachlich gerechtfertigt und in den beschriebenen Grenzen angemessen und notwendig erscheint.

Wien, im Mai 2012



Der Vorstand